

Infobroschüre

**Autonomes Referat für
finanziell & kulturell
benachteiligte
Studierende**



Inhaltsverzeichnis		Vom Sparen
<u>Einleitung</u>	3	
Warum diese Infobroschüre?	3	Eine uralte Art des Sparens ist das Sparschwein
Gerechtigkeit?	3	
<u>Bildungsbenachteiligung im Schulbereich</u>	4	Von den Sparschweinen kommt vielleicht das Wort Sparschweinereien
Bildungstrichter	4	
PISA	5	
Unicef	6	Denn oft muß gespart werden für eine Schweinerei
IGLU	7	
Die Neunjährige Grundstufe	7	
Institutionelle Diskriminierung von Migrantenkindern	7	Auf die werden dann die Ersparnisse verwendet
<u>Bildungsbenachteiligung an der Uni</u>	8	Je tödlicher die Schweinerei desto lebhafter muß gespart sein
Langzeitstudiengebühren	8	
Gründe für ein längeres Studium		
Die finanzielle Situation	8	Je mörderischer desto mörderischer das Sparen
Jobben	9	
Bafög	10	
Gründe für ein längeres Studium		Für jede Rakete zum Beispiel muß sehr viel gespart sein
Die zweite Sozialisation	11	
Studentischer Auslandsaufenthalt	13	
Gesamthochschulen	13	
Studienabbruch	14	Da muß man jetzt sparen damit einem <i>dann</i> nichts erspart bleibt
Krankheit	15	
<u>Benachteiligung nach der Uni</u>	17	Wenn die Rechnung oben nicht stimmt heißt es unten Sparen
Karrieren und soziale Herkunft	17	
<u>Was ist ein Habitus?</u>	18	Denn die Sparschweinereien werden fast immer verfügt
		von fetten Schweinen auf Kosten der armen Schweine
<u>Zur Vollversammlung</u>	19	

Erich Fried

Einleitung

Weshalb diese Broschüre?

Bislang gibt es keine Publikation, die die Bildungsbenachteiligung von Studierenden aus dem „bildungsfernen Milieu“ in den Mittelpunkt stellt. Es wird auf Probleme aufmerksam gemacht, es ist viel von der Ökonomisierung und Privatisierung der Universitäten die Rede. Aber die Diskussion wird oft entkoppelt von der Frage: wen trifft es eigentlich. Es ist klar, dass bei aller Umstrukturierung der Hochschulen die Hochschulen nicht abgeschafft werden und dass natürlich einige Studierende von diesen Umstrukturierungen profitieren werden. Aber die Frage, wer verliert und wer gewinnt wird zu selten in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt. Ebenso gibt es – wie z.B. an der münsteraner Universität – detaillierte Untersuchungen darüber, wie „die“ Studierenden ihre Fachbereiche finden. Dabei kommt es dann zu Ergebnissen einer Mehrheit, die überhaupt nicht das Interesse und die Problemlage von Studierenden der untersten Herkunftsgruppe widerspiegeln. Im Gegenteil, wenn wir uns die Studienabbruchsgründe anschauen, sehen wir, dass die Interessenslagen überhaupt nicht gleich sind und dass es, wenn wir einfach nur die Mehrheit der Studierenden vor Augen haben, zu weiteren Ausgrenzungsmechanismen kommen kann.

Die bildungspolitische Diskriminierung von Menschen aus der untersten Herkunftsgruppe beginnt im Kindergarten und findet auch mit dem Erreichen eines Dokortitels kein Ende. Dies ist gerade in heutigen Zeiten, wo Bildung immer zentraler wird, von erheblicher Bedeutung.

Auch in der Erwachsenenbildung kommt es zur Zeit zu stärkeren Benachteiligungen. So werden in diesem Jahr die Unterstützungen für Bildungsträger, die „Bildungsurlaubsseminare“ anbieten, massiv zusammengestrichen, nach dem es in den Jahren zuvor schon politische Einschnitte gegeben hatte. Was also ist zu tun?

Die Broschüre handelt von einer Gruppe, deren Existenz nicht wahrgenommen wird. Sie hat keine Lobby. Auf allen Ebenen im Hochschulbereich gibt es Vertretungen und Stellen, die die Interessen von ausländischen Studierenden, von Frauen und von „Behinderten“ wahrnehmen. Fachbereiche haben eigene Gleichstellungsbeauftragte, in der Uni selbst oder in den Asten gibt es die entsprechenden Referate oder auch beim „fzs“, dem Zusammenschluss sehr vieler Asten. Sie haben Mitspracherechte, Anhörungsrechte, sie haben Konferenzen, Zeitschriften und bei Fachtagungen werden sie mitberücksichtigt. Das ist gut so, aber dies alles gibt es für „Arbeiterkinder“ oder „Gastarbeiterkinder“ nicht. Sie werden kaum als Gruppe wahrgenommen. Dies gilt es zu durchbrechen. Ob eine Institutionalisierung der Interessensartikulation dieser Gruppe der richtige Weg ist, sei dahingestellt. Ein erster Schritt wäre die Feststellung, dass es sich hier um eine massiv diskriminierte Gruppe handelt, die im Bildungssystem eindeutig auftaucht als Verlierergruppe in allen Bereichen.

In Münster wird erstmals eine Vollversammlung dieser Gruppe stattfinden¹.

Vielleicht hilft diese Broschüre zu zeigen, dass es an der Zeit ist, aufzustehen und die eigenen Rechte einzufordern.

Gerechtigkeit?

In einer demokratischen Gesellschaft sollte die Devise „Bildung für alle“ eine Selbstverständlichkeit sein. Zum einen, weil die parlamentarischen Wahlen einen Meinungsbildungsprozess voraussetzen, welcher wiederum mehr meint als „BILD Dir eine Meinung“, sondern um so besser gelingt, je möglicher die Bildungszugänge sind. Zum zweiten heißt Demokratie aber auch, dass alle Menschen sich in einem Höchstmaß selbst verwirklichen können sollen. Bildung muss in unserer Gesellschaft als Vermögen gefasst werden, welches ein besseres Leben für alle ermöglicht.

¹ Kontaktadresse: Andreas Kemper, Referat für Sozialpolitik, AStA Uni Münster, tel 0251/8322286, email: asta.sopo2@uni-muenster.de homepage: web.uni-muenster.de/asta/hochschulpolitik/arbeiterkinder.php

Diese Position ist allerdings kein Konsens. Auch die SPD, die sich als Partei der sozialen Gerechtigkeit verstand, ist in den Führungsetagen umgeschwenkt. Erstmals wurde im Frühjahr 2000 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, was die führenden Kreise der SPD nunmehr unter Gerechtigkeit verstehen. An dem Forum „Grundwert: Gerechtigkeit“ war - neben Scharping und Clement - Anthony Giddens beteiligt, der bereits unter Blair die Labour-Party auf eine neue Definition von Gleichheit einschwor.

In diesem Forum jedoch ging es um einen neuen Gerechtigkeitsbegriff. Bislang versuchte die SPD einen Spagat zwischen der sozialistischen Bedarfsgerechtigkeit „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ und der Leistungsgerechtigkeit: Belohnung entsprechend des Beitrags zur gesellschaftlichen Wertschöpfung.

Gerechtigkeit soll nun nicht mehr durch eine Vergrößerung von Gleichheit erreicht werden. Sondern stärkere Ungleichheit soll die „Eigenverantwortung“ fördern – die dadurch erwartete Leistungsbereitschaft wiederum führe zu einem größeren Wachstum. Gerechtigkeit wird also auf das Konzept der „Leistungsgerechtigkeit“ reduziert.

„Es handelt sich um ein Gerechtigkeitskonzept, dass soziale Gerechtigkeit als wahrscheinliche Folge ökonomischen Wachstums konzipiert. Dieser Weg in die Zukunft ist jedoch weder realistisch noch wünschenswert. Zum einen werden ökologischen Voraussetzungen exponentiell gesteigerten Wachstums und damit zugleich die Probleme der „globalen Gerechtigkeit“ vollständig ausgeblendet werden; zum anderen gibt es auch ökonomische Grenzen für die absoluten Zuwächse des Wachstums, die mit dem bereits erreichten Wachstumsniveau in den Industrieländern zu tun haben.“²

Im Bildungsbereich wird nun ebenfalls eine neue Wortwahl benutzt. Es immer häufiger von Bildungsgerechtigkeit oder Chancengerechtigkeit statt von Chancengleichheit die Rede. Hiermit ist gemeint, dass zum einen die „Eigenverantwortung“ stärker zum Zuge kommen soll und dass wir nun auch den „Leistungsstarken“, den „Hochbegabten“, der „Elite“ gerecht werden müssen. Federführend ist hier wiederum Wolfgang Clement, dem wir in NRW die Studiengebühren zu verdanken haben. Er ist Mitglied in der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“. In diesem Verein haben sich führende Vertreter aus Politik und Wirtschaft zusammengeschlossen.

„Der Begriff Leistung spielt in der breit angelegten Kampagne, die von der Initiative in den Medien und der Öffentlichkeit sehr offensiv geführt wird, eine ganz entscheidende Rolle. Jeder könne es in dieser Gesellschaft schaffen, so der Grundtenor aller Verlautbarungen, wenn er nur leistungsbereit und risikofreudig sei. Typisch für diese Botschaft ist die Homepage der Initiative, auf der unter dem Leitmotiv „Chancen für alle“ u. a. Friedrich von Bohlen um Unterstützung wirbt, der Vorstandsvorsitzende von LION bioscience, einem der erfolgreichsten Biotech-Unternehmen hierzulande. Die zentrale Aussage von Bohlens, der unter der Überschrift „Nur wer etwas wagt, kann gewinnen“ für eine neue „Kultur der Selbstständigkeit“ wirbt, ist eindeutig: Bei ausreichendem Einsatz und Fleiß sowie der erforderlichen Risikobereitschaft steht jedermann der Weg ganz nach oben offen. Die Doppelbödigkeit und ungewollte Ironie dieser Stellungnahme erschließt sich dabei wohl nur intimeren Kennern der deutschen Wirtschaft. Mit Friedrich von Bohlen wirbt ausgerechnet der wohlhabende Spross einer der ältesten Industriellenfamilien Deutschlands, der Lieblingsneffe von Alfred Krupp von Bohlen und Halbach, für das Motto „Chancen für alle“.“³

Auf das Thema Leistung und Elite wird später noch ausführlicher eingegangen werden.

² Birgit Mahnkopf: Gerecht ist, was effizient macht. Oder: Die Entdeckung produktionsorientierter Ungleichheit durch die neue Sozialdemokratie, in: Alt Vater u.a., Neoliberalismus – Militarismus – Rechtsextremismus, Wien 2001, S.99 f.

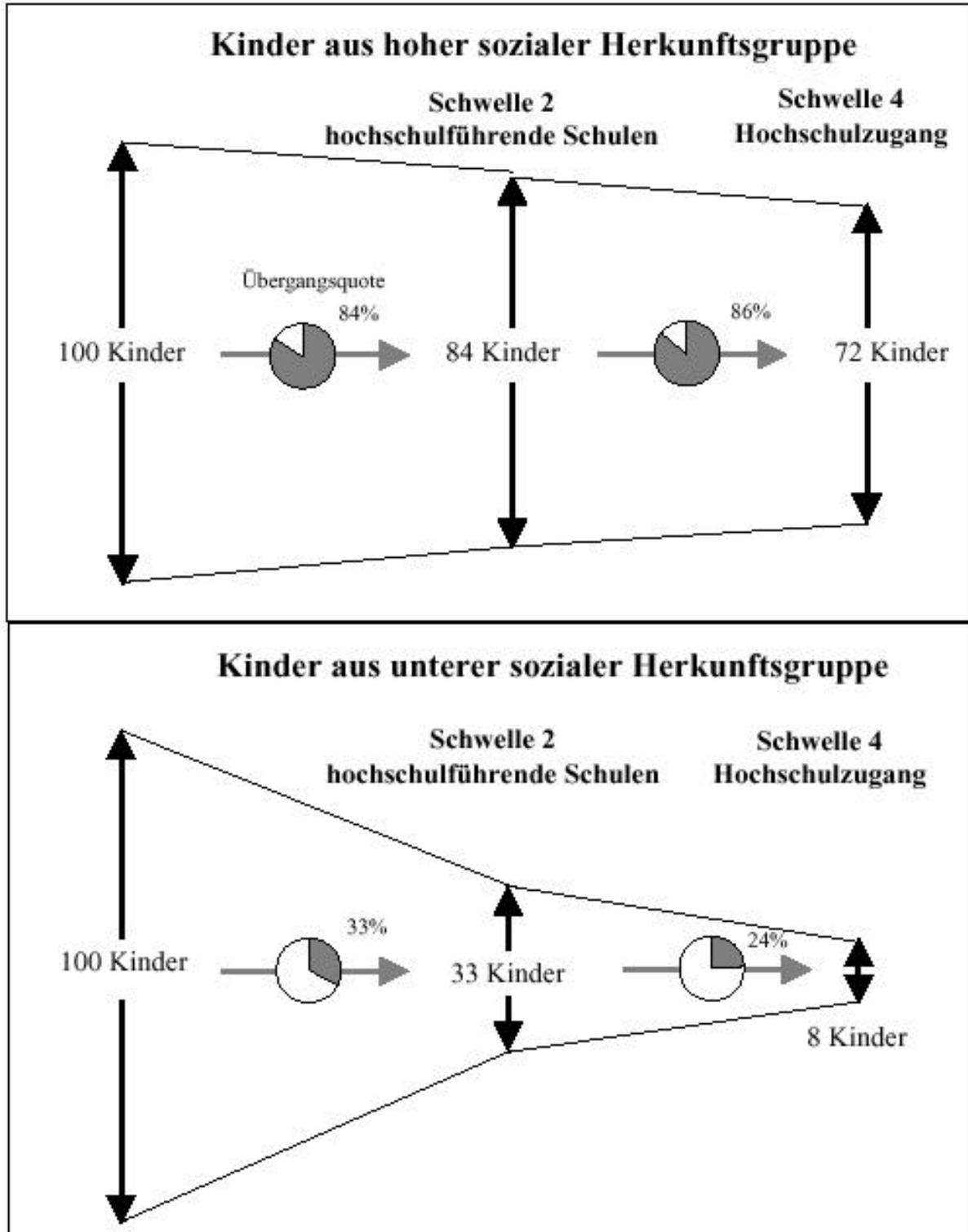
³ Michael Hartmann: Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft, Frankfurt a. M., 2002, S.13f.

Der Bildungstrichter

Schematische Darstellung sozialer Selektion 1996

15. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes

Bildungsbeteiligung von Kindern aus hoher bzw. unterer sozialer Herkunftsgruppe in %



DSW/HIS 15. Sozialerhebung

PISA

Es hat in den letzten Jahren nun erstmals zwei große Schuluntersuchungen gegeben.

PISA hatte für Aufsehen gesorgt, weil erstens 15jährige SchülerInnen von ihren Leistungen in der Breite aber auch bei den Spitzenleistungen sehr schlecht abgeschnitten hatten; und weil zweitens die soziale Selektion stärker war als in allen anderen europäischen, südostasiatischen und nordamerikanischen Industriestaaten.

Spitzenreiter war Finnland, dessen Ganztags-Gesamtschulen bis zur 8. Klasse ohne Noten auskommen. Hier war nicht nur das Gesamtergebnis sehr gut, sondern auch die soziale Selektion äußerst gering. Damit stellte sich der in Deutschland vorherrschende Grundsatz „entweder man fördert die Gleichheit oder die Spitzenleistung“ als falsch heraus. Tatsächlich bringt Lernen in „heterogenen Gruppen“, also in Gruppen mit sehr unterschiedlichen Kindern, mehr als Lernen in „homogenen Gruppen“, also von Gruppen mit Kindern aus dem gleichen sozialen Umfeld.

In einer PISA-Nachfolgeuntersuchung erzielte die Laborschule Bielefeld ähnlich gute Ergebnisse wie Finnland – die Laborschule ist eben ähnlich aufgebaut wie die finnischen Schulen. Hartmut von Hentig hatte diese Schule in den 70ern ins Leben gerufen und nun, nach den Angriffen und Kürzungen der letzten Jahre zeigt sich, dass sie durchaus mit den finnischen Ergebnissen mithalten kann. Wobei die Stärke der Schule ja eigentlich gar nicht in der effektiven Vermittlung von Lerninhalten liegt, sondern in der Förderung sozialer Kompetenz.

In den Medien wurde aber der eigentliche Skandal – nämlich die sehr starke Bildungsbenachteiligung von Menschen aus „unteren“ Milieus – heruntergespielt und stattdessen wurden die SchülerInnen selber zu Sündenböcken. Sie seien zu faul und man bräuchte sehr frühe „Kopfnoten“ usw.

Gertrud Hovestadt hat mit Recherchen in den deutschen Bundesländern die „Weichenstellungen nach PISA“ untersucht und kam im Februar 2003 zu folgendem Ergebnis:

„Nach den jüngsten gesetzlichen Neuregelungen und falls die gegenwärtigen Novellierungsüberlegungen der Bundesländer realisiert werden, wird die Aufteilung der Schülerinnen künftig in 13 Bundesländern nach Klasse 4, in Berlin und Brandenburg weiterhin nach Klasse 6 durchgeführt werden. In Hessen können die Fünft- und Sechstklässler auf Wunsch der Eltern weiterhin eine Förderstufe besuchen, die allerdings in den meisten Fällen nicht an einer eigenen Schulform, sondern bereits im selektiven Schulsystem angeboten wird.

Die Orientierungs- und Förderstufen waren eine unvollkommene, von Kompromisslösungen belastete Struktur. Den Ländern, denen die Probleme der Zwischenphase größer erschienen als die Vorteile, standen bzw. stehen zwei Optionen offen, um zu einer neuen Struktur zu kommen: Die Abschaffung der Zwischenphase durch Verlängerung der Primarphase oder die Abschaffung durch abschließende Schulartentscheidung nach der vierjährigen Primarstufe, wie sie in den anderen 8 Bundesländern ohnehin praktiziert wird. Alle Bundesländer, in denen eine Veränderung vorgenommen wurde oder geplant ist, haben sich für diese zweite Option entschieden.

Mit der Herabsetzung des Alters für die Schulartentscheidung orientieren sich die entsprechenden Bundesländer weiterhin an dem Ziel, die Lerngruppen durch Selektion zu homogenisieren. In sofern kann von einer neuen Weichenstellung nicht die Rede sein, vielmehr werden Abweichungen vom Ursprungskurs korrigiert.

Formal nimmt die Selektivität der deutschen Schulen damit zu. Schwieriger ist das Mehr oder Weniger in der Faktizität der Schulen zu beurteilen.“

Die unicef-Studie oder Germany: children sorted for life

Die unicef-Studie hat das Ziel, die **Benachteiligung** im Bildungssystem in den 24 reichsten Staaten zu untersuchen. Aus PISA konnten wir ablesen, dass die deutschen SchülerInnen eher schlecht bis mittelmäßig abschnitten und dass es kaum ein Land gibt, in dem der Bildungsgrad der Kinder so stark vom Bildungsgrad der Eltern abhängt. Über den zweiten Punkt wurde wie gesagt weitgehend hinweggesehen, der mediale Aufschrei galt den durchschnittlich schlechten Gesamtleistungen und nicht der sozialen Selektion. Unicef jedoch interessiert sich ganz speziell für die Benachteiligung und dadurch rückt Deutschland noch stärker als bei der PISA-Studie in den Mittelpunkt - bzw. an den Pranger.

Unter der Überschrift „Germany: children sorted for life“ wird mit einer sehr deutlichen Ablehnung das deutsche System der Schulaufteilung in Haupt-, Realschule und Gymnasium dargestellt. Man liest das Kopfschütteln über unser Bildungssystem zwischen den Zeilen heraus. Nur Österreich verfügt noch über ein ähnliches System.

Es ist jedoch nicht nur das Schulsystem mit seiner sehr frühen Trennung, mit dem wir unter den Industrienationen alleine dastehen und weiterhin entsprechend katastrophale Ergebnisse liefern. Mit den homogenisierten Binnenräumen in den entsprechenden Schultypen geht ein bestimmter Unterrichtsstil einher. Dieser Stil zielt nicht darauf ab, dass die Kinder sich gegenseitig fördern und unterstützen, sondern der Lehrer/die Lehrerin steht im Mittelpunkt und die Kinder haben zuzuhören. Unterrichtsmethode und Bildungsstruktur bedingen sich gegenseitig. Die Kinder lernen natürlich auch in diesem System: wo man hingehört und auf wen man die Verantwortung zu schieben hat. Aber Ergebnisse wie in Finnland – seien es die guten Gesamtergebnisse, die Ergebnisse der Besten und die geringe Abhängigkeit der Schulergebnisse vom Bildungsgrad des Elternhauses – werden hiermit nicht erzielt.

Zurück zur unicef-Studie. Das erschreckende Abschneiden des deutschen Schulsystems, die enorme Bildungsbenachteiligung hat unicef veranlasst, zu Deutschland eine Sonderbroschüre⁴ zu verfassen. Unter dem Titel „A sorting hat that fails?“ (Ein sortierender Hut, der sich irrt?) wird unser Schulsystem genauer betrachtet. Der Titel ist eine Anspielung auf die Geschichte um Harry Potter, in der ein sprechender Zauberhut die Kinder in Schulen einteilt. Dieser sprechende Hut irrt sich im Gegensatz zur deutschen Aufteilung nie. Hier aber sind die Leistungen – wie die TIMMS-Studie bewiesen hat – nicht immer der Schulaufteilung entsprechend. Ich weiß es aus eigener Erfahrung, aber es ist ja immer schöner, so etwas auch von Untersuchungen bestätigt zu bekommen, dass ein großer Teil von HauptschülerInnen in Mathe besser ist als einige GymnasiastInnen. (nebenbei: warum hat man eigentlich für das Gymnasium ein Fremdwort und für die Hauptschule nicht?) In diesem Bericht wird u.a. die Durchlässigkeit zwischen den Schulen untersucht und die Autorin des Berichts kommt zu dem Ergebnis, dass nach der ersten Aufteilung nur noch 0,4% der Jahrgangsstufe auf ein Gymnasium wechseln. Nach unten hin ist die Durchlässigkeit größer: sie beträgt 4%. Weiterhin wird beklagt, dass dieses rigide Selektionsverfahren auf einen ebensolch rigiden Arbeitsmarkt trifft, der auch wenig Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Arbeitsbereichen („blaue Kittel“/„Weiße Kittel“) zulässt. Doch hierzu später mehr...

In der vergleichenden unicef-Studie steht, dass die reichen Staaten sich für ihre Ungleichheit im Schulsystem zu schämen hätten. Dies gilt natürlich besonders für den Prototyp von ungleichen Möglichkeiten, dem dreigliedrigen Schulsystem in Deutschland. Aber schämen kann man sich ja nur, wenn man auch nur den geringsten Anstand hat. Über diesen minimalen Anstand verfügen leider nur wenige. Und bestimmt nicht solche Wirtschaftsprofessoren wie vier der fünf Wirtschaftsweisen, die wörtlich fordern, dass es noch „mehr soziale Ungleichheit in Deutschland“ zu geben habe.

⁴ Beide Studien sind zu beziehen über die unicef-Seite im internet: www.unicef.de.

IGLU

Mit der Iglu-Studie lag erstmals ein internationaler Vergleich der Leistungen von GrundschülerInnen vor. Hier waren die deutschen Ergebnisse wesentlich besser als bei den 15jährigen, was wiederum gegen das dreigliedrige Schulsystem spricht. Die GEW-Vorsitzende Eva-Maria Stange kommentierte dieses Ergebnis folgendermaßen:

Mit der Ausbildung und dem professionellen Selbstverständnis der Grundschullehrerinnen und -lehrer gebe es einen guten Grundstock. Dieser könne weiter entwickelt werden. Grundschulen seien „ein Stück Skandinavien in Deutschland“ und „international absolut konkurrenzfähig“. Besonders freue sie, dass im Grundschulbereich ein hohes Maß an Chancengleichheit gewahrt werde. „Während wir bei den 15-Jährigen Weltmeister in der sozialen Ungleichheit sind, gehören wir bei den Zehnjährigen zur Spitzengruppe in sozialer Gleichheit.“ Das zeige deutlich: Benachteiligung sei kein unabänderliches Schicksal und Auslese keine „unausweichliche deutsche Nationaleigenschaft“.

Neunjährige Grundstufe

Überraschenderweise hat der Baden-Württembergischen Handwerkstag ein eigenes Schulsystem entworfen, welches sich von der bisherigen Gesamtschule unterscheidet:

„1. Die integrierten Gesamtschulen bilden in ihrer inneren Organisation fast immer das traditionelle Schulsystem ab. Weil damit kein Ortswechsel verbunden ist, selektieren sie oft sogar schneller (Wechsel der Niveau-Kurse mit Auswirkungen auf den erreichbaren Schulabschluss) als das traditionelle Schulsystem. Im Endeffekt unterscheiden sich integrierte Gesamtschulen in punkto Selektion nur dadurch vom traditionellen Schulsystem, dass sie alle Kinder aufnehmen (für die Platz vorhanden ist). Die integrierten Gesamtschulen vergeben drei Bildungsabschlüsse. Die neunjährige Grundstufe dagegen wird die Lehrerinnen und Lehrer zur Abkehr vom Selektionsprinzip und zu individuellen Förderung zwingen, weil weder Abstufen noch Sitzenlassen möglich sind. Sie vergibt einen einheitlichen Bildungsabschluss, der zum Besuch jeder Schule der Oberstufe berechtigt.

2. Für Schulträger ist die neunjährige Grundstufe eine geradezu ideale Schule, weil sie sich flexibel jeder örtlichen Begebenheit anpasst.

Integrierte Gesamtschulen sind hingegen für Schulträger wegen ihrer Größe ein Problem, vor allem wenn sie neu errichtet werden. Die leistungsbezogenen Niveau-Kurse erzwingen relativ große Schule (4- bis 6zünftig, um die verschiedenen Niveau-Kurse dennoch als normal große Regelklassen bilden zu können). Entweder müssen neue Gebäude erstellt werden (was nur bei wachsenden Schülerzahlen politisch durchzusetzen ist) oder müssen bestehende Schulen zusammengelegt werden ...“⁵

Institutionalisierte Diskriminierung von Migrantenkindern

Mechthild Gomolla und Frank-Olaf Radtke haben in ihrer Studie⁶ deutlich gemacht, dass die Diskriminierung von Migrantenkindern institutionalisiert ist. Die Schule stellt die ethnische Differenz her. Als erstes fordern sie die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems. Weiter fordern sie: „In der Schulentwicklung muss überlegt werden, in welche Stadtteile Ressourcen gegeben werden, wie Schulen aufgewertet werden können, wie eine bessere Verknüpfung mit der Jugendhilfeplanung geschehen kann. Grundsätzlich gilt, dass wir an der lokalen Mechanik der Lenkung von Schülerströmen eines Schulsystems ansetzen müssen. [... Wir brauchen] eine regelmäßige Berichterstattung über den Integrationsstand, die Suche nach Ursachen und Lösungen für noch vorhandene Differenzen und Defizite.“⁷

⁵ Homepage: <http://www.handwerk-bw.de/asp/index.asp?k=1055&id=6201&da=D&uc=&st=1>

⁶ Gomolla, Mechthild, Frank-Olaf Radtke: Institutionelle Diskriminierung. Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule, Opladen 2002

⁷ Interview in der taz vom 8. Juli 2002, S.14

Langzeitstudiengebühren

Ein Blick in die Sozialerhebung des Studentenwerkes⁸ reicht aus um zweifelsfrei festzustellen: Langzeitstudiengebühren richten sich gegen „Arbeiterkinder“.

Folgende Tabelle zeigt dies eindeutig:

Soziale Herkunft der Studierenden nach Hochschulsesemestern. Studierende im Erststudium in %.

Herkunftsgruppe	Hochschulsesemester			
	bis 6	7-12	13 u. mehr	insgesamt
niedrig	10	10	16	11
hoch	39	39	30	38

Aus DSW/HIS 16. Sozialerhebung, S.114

Die Tabelle sagt folgendes aus: bis zum 12. Semester beträgt der Anteil der Studierenden aus der niedrigsten Herkunftsgruppe kontinuierlich 10%. Der Anteil der Studierenden aus der höchsten Herkunftsgruppe beträgt jedoch 39%. Erst ab dem 13. Semester ändert sich die soziale Zusammensetzung der Studierenden. Nun steigert sich der prozentuale Anteil der Studierenden aus der niedrigsten Herkunftsgruppe auf 16%, während der aus der höchsten Herkunftsgruppe auf 30% herabsinkt. Das 13. Semester ist deshalb interessant, weil ab diesem Zeitpunkt Langzeitstudiengebühren fällig werden.

Gehen wir vom gewünschten Abschreckungs-Effekt aus, dass mit dem 12. Semester die Studierenden ihr Studium abbrechen, so verschlechtert sich der Anteil der Studierenden aus der niedrigsten Herkunftsgruppe, da sie überproportional unter den Langzeitstudierenden zu finden sind. Ihr Anteil würde von 11% auf 10% sinken.

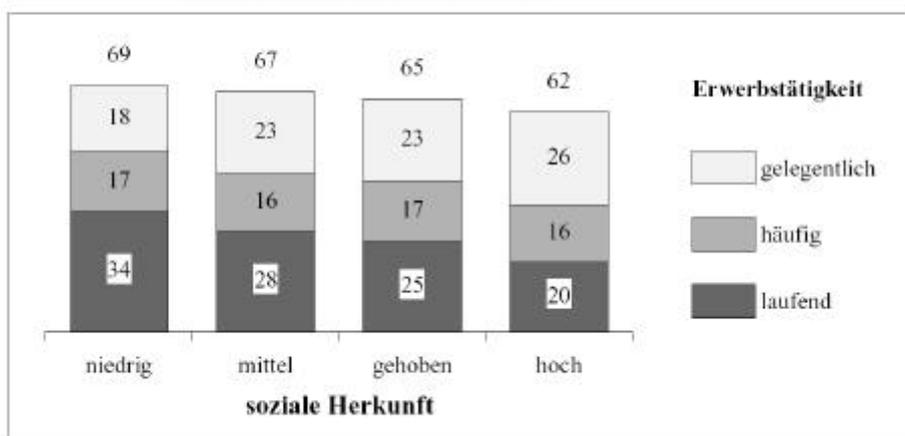
Gründe für ein längeres Studium bei „Arbeiterkindern“

- Die finanzielle Situation

Noch schlechter stellt sich die Situation für „Arbeiterkinder“ dar, wenn berücksichtigt wird, dass sie über weniger finanzielle Ressourcen verfügen, um die geforderte Gebühr zu bezahlen. In der oben genannten Studie heißt es hierzu: „Weit mehr Studierende der unteren als der oberen Herkunftsgruppe hatten ihr Studium zwischenzeitlich unterbrochen (61% vs. 43%) und gaben dafür als häufigsten Grund finanzielle Probleme an (51% vs. 19%).“ (DSW, S.114)

Bild 9.11 Erwerbstätigenquote und Intensität der Erwerbstätigkeit nach sozialer Herkunft

Studierende im Erststudium, in %



DSW/HIS 16. Sozialerhebung

⁸ 16. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes, im folgenden „DSW“ abgekürzt. <http://www.studentenwerke.de/erheb/index.htm>

Jobben

Die Erwerbstätigenquote steigt ständig an. Je älter Studierende sind, desto häufiger arbeiten sie für ihren Lebensunterhalt. Konsum spielt daher ab dem 26. Lebensjahr immer weniger eine Rolle. Studierende aus der niedrigsten Herkunftsgruppe (Eltern haben wenig Geld und niedrigen Schulabschluss) arbeiten insgesamt mehr als andere Studierende (zu 69%). Hier fällt mehreres auf:

- nach dem 8. Semester wird's ernst: Studierende aus der mittleren, vor allem aber aus der niedrigen Herkunftsgruppe arbeiten zunehmend wesentlich mehr als andere Studierende. Die Erwerbstätigenquote schnell bei ihnen ab dem 8. Semester in die Höhe von 60% auf 80%, während sie bei den anderen drei Gruppen relativ stabil bleibt. Dies ist wahrscheinlich dadurch bedingt, dass die Bafögzahlung ab dem 8. (bzw. 10.) Semester eingestellt wird.
- sie arbeiten nicht nur gelegentlich, sondern sind laufend am arbeiten. Hier ist der Unterschied noch größer als zu den anderen Studierenden (34% der niedrigsten Herkunftsgruppe gegenüber 20% der höchsten Herkunftsgruppe) (DSW, S. 294).
- vor allem „QuereinsteigerInnen“ sind erwerbstätig. Dies sind hauptsächlich Studierende mit Migrationshintergrund („GastarbeiterInnenkinder“), aber auch ArbeiterInnenkinder (DSW, S. 296)
- Studierende aller Herkunftsgruppen erreichen einen höheren Verdienst seit 1997. Die Höhe des durchschnittlichen Verdienstes bei Studierenden aus der mittleren Herkunftsgruppe (+ 35,-DM), vor allem aber aus der niedrigen Herkunftsgruppe (+75,-DM) ist gegenüber den anderen Gruppen sehr viel stärker gestiegen. Dies ist nicht darauf zurückzuführen, dass aus irgendeinem Grund Studierende aus der niedrigen Herkunftsgruppe bessere Löhne bekommen. Sie arbeiten einfach mehr. **Nur bei Studierenden der niedrigen Herkunftsgruppe ist die Zahl der Erwerbstätigen seit 1997 gestiegen.** Bei allen anderen Herkunftsgruppen ist diese Zahl gesunken. (DSW, S. 524)
- Studierende mit niedriger sozialer Herkunft arbeiten hauptsächlich für den Lebensunterhalt und sehr selten für den Konsum. Auch die Praxis (Weiterqualifikation durch Erwerbsarbeit) spielt bei ihnen im Vergleich zu anderen Studierenden eher eine geringe Rolle. (DSW, S. 306)

Weiter heißt es in der Studie zum Thema Zeitbudget:

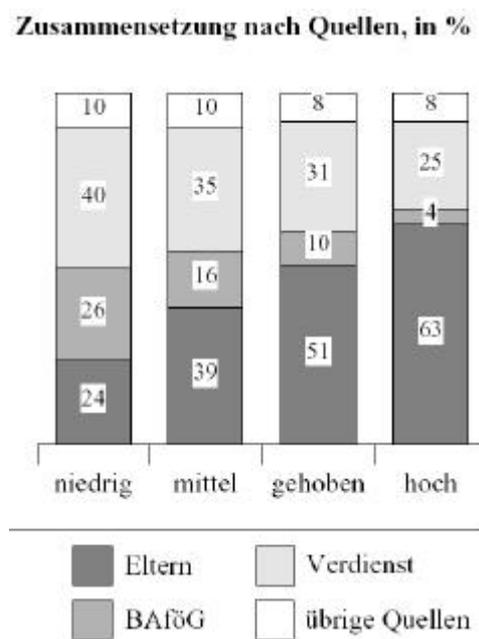
„Erwartungsgemäß bleibt auch der sozial-strukturelle Hintergrund nicht ohne Einfluss auf das Zeitbudget von Studierenden im Erststudium. Ein Zusammenhang mit der sozialen Herkunft besteht in erster Linie für den Erwerbsaufwand: Studierende unterer sozialer Herkunftsgruppen sind durchschnittlich mehr Stunden in der Woche erwerbstätig als Studierende der Herkunftsgruppe gehoben bzw. hoch. Da sich der Studienaufwand zwischen den sozialen Herkunftsgruppen kaum unterscheidet, haben Studierende aus der Herkunftsgruppe hoch die geringste und Studierende aus der Herkunftsgruppe niedrig die höchste Gesamtbelastung.

Dieser Zusammenhang hängt jedoch stark von der Studienphase ab. Innerhalb der Regelstudienzeit haben Studierende der Herkunftsgruppe niedrig den höchsten Studienaufwand. Nach der Regelstudienzeit jedoch fällt der studienbezogene Zeitaufwand um so deutlicher ab, je geringer die soziale Herkunft der Studierenden ist, d.h. auch, je höher der Anteil BAföG-Geförderter war. Mit dem Wegfall der Ausbildungsförderung muss eine Ersatzfinanzierung gefunden werden, die vor allem von Eltern mit geringerem einkommen in der Regel nicht zu erwarten ist. Die nahe liegende Alternative besteht in einer Ausdehnung der Zeiten für Erwerbstätigkeit, die zeitgleich mit dem ende der Regelstudienzeit sprunghaft ansteigen und

zwar wiederum überproportional stark bei Studierenden der sozialen Herkunftsgruppe niedrig. Spätestens in dieser Phase kommt ein Circulus vitiosus in Gang, durch den sich der zeitige Studienabschluss dieser Studenten verzögert.“ (DSW, S.269ff.)

Mit der nun geplanten Gebühr für Langzeitstudierende wird dieser Circulus vitiosus zur Katastrophe – einzige Möglichkeit für die niedrige Herkunftsgruppe bleibt dann der endgültige Abbruch des Studiums.

Bafög



„Zusammensetzung nach Quellen“: BAföG spielt auch bei Studierenden der niedrigen Herkunftsgruppe eine untergeordnete Rolle. Trotz des höheren Bafög-Anteils bleibt eine Einnahmendifferenz. Die niedrigste Herkunftsgruppe hat unterm Strich die geringsten Einnahmen (und den höchsten Bafögschulden-Berg)(DSW, S.150f.)

Seit 1991 hat sich die durchschnittliche Finanzierung über das Bafög erheblich zurückgegangen, sie hat sich halbiert. Allerdings ist dieser Trend seit 1997 gebremst.

Obwohl Studierende der niedrigsten Herkunftsgruppe am meisten Bafög bekommen und mehr arbeiten, bleiben Unterschiede bei der finanziellen Ausstattung der Studierenden erhalten.

In einer Pressemitteilung brüstet sich das BMBF mit dem angeblich sehr guten Abschneiden bei der staatlichen Förderung von Studierenden. In der Tat bekommen nur in Österreich Studierende mehr Geld vom Staat. Allerdings wird hier unterschlagen, dass dies Geld zur Hälfte nur geliehen ist. Nur in Finnland und den Niederlanden ist noch ein Teil des staatlichen Fördergeldes zurückzuzahlen – allerdings nicht 50% wie in Deutschland, sondern nur 17% bzw. 13%. Zu berücksichtigen sind auch die jeweils unterschiedlich hohen Lebenskosten, so gehört Deutschland zu den Ländern in denen Studierende mehr als ein Drittel ihres Einkommens für die Miete ausgeben. Obwohl die staatliche Unterstützung in Deutschland elternabhängig ist, erhalten nur 46% aus der Gruppe von Studierenden, deren Eltern das geringste Einkommen haben, eine staatliche Förderung. In Irland, Finnland und den Niederlanden ist diese Rate wesentlich höher (zwischen 71% und 85%).

Neben diesen finanziellen Problemen, die das Studium für „Arbeiterkinder“ in die Länge ziehen, ist noch auf einen zweiten Grund für ein längeres Studium einzugehen: die zweite Sozialisation.

Gründe für ein längeres Studium bei „Arbeiterkindern“ - die zweite Sozialisation

Zu diesem Punkt lassen sich Ergebnisse anführen, die in Münster 2001 während einer Tagung zur Bildungsbenachteiligung diskutiert wurden. Studierende mit niedriger Herkunft haben nach Dr. Steffani Engler⁹ neben ihrem Studium eine „zweite Sozialisation“ zu durchlaufen.

Hierbei ist nicht einfach nur der Uni-Bluff zu verstehen, den „Akademikerkinder“ besser beherrschen als „Arbeiterkinder“. Diesem Uni-Bluff könnte durch ausführliche Beratung entgegenwirkt werden und durch ein umfangreiches Mentoringprogramm zu Beginn des Studiums. Vor allem Arbeiterkinder klagen über die viel zu geringe Beratungsmöglichkeiten in fast allen Bereichen.

Prof. Dr. Anne Schlüter hat verschiedene Biographien von Studierende untersucht und zeichnet die Situation der Studentin „Suse“ kommentierend nach:

„Das was, vor Jahrzehnten bereits als „Uni-Bluff“ beschrieben wurde, muss sicherlich von der Mehrheit der Studierenden zunächst einmal als solcher durchschaut werden. Suse beschreibt es als ihr eigenes Problem. Die studentische Vertretungspolitik machte ihr dies Durchschauen der Universitätsstrukturen einfacher. Das heißt aber auch, dass sie vier Semester dafür braucht, Unsicherheiten abzubauen, die sie gegenüber Professoren fühlt. Den übermächtigen – göttergleichen – Autoritäten muss man erst in die Karten schauen, sie entlarven, um festzustellen: „da steckt ja meistens nichts dahinter“.

Ausschlaggebend ist noch immer die Analyse des Bildungssystems, welche Bourdieu und Passeron 1971 unter dem Titel „Die Illusion der Chancengleichheit“ veröffentlichten. Anne Schlüter stellt fest, dass die Analyse auch heute noch zutrifft:

„Dabei stellen sie fest, dass die intellektuellen Techniken und Denkgewohnheiten traditionell immer noch über das Familienmilieu vermittelt werden. Da die pädagogischen Institutionen diese nicht explizit vermitteln, werden soziale Unterschiede durch Schule und Hochschule verstärkt, statt abgebaut. Üblich ist soziale Unterschiede in den schulischen und hochschulischen Institutionen nicht zu beachten, sondern Leistungen zu bewerten. Eine Demokratisierung der Gesellschaft würde voraussetzen, dass die institutionelle Pädagogik rational an einer genauen Kenntnis der sozial bedingten kulturellen Ungleichheit ansetzen und entschlossen sein müsse, diese Ungleichheit zu verringern. Erst bei Berücksichtigung der kulturellen Unterschiede könne die individuelle Leistung entsprechend bewertet werden.“ (Schlüter, S.184f.) Doch es geht wie gesagt nicht nur um den Bluff, nicht nur um die Aneignung von Techniken, sondern um die Aneignung dessen, was SoziologInnen mit Bourdieu den „Habitus“ nennen. Wir sind im ersten Teil der Broschüre schon einmal herauf eingegangen. Habitus: die Aneignung und das Verstehen von Wert- und Denkkategorien, die neben dem Fachwissen subtil abgefragt werden und um so wichtiger werden, je höher der angestrebte Abschluss sein soll.

„Die zweite Sozialisation wird über eine Distanzierung vom Elternhaus und fern dem Fachstudium positioniert. Sie verweist auf das Terrain bürgerlicher Kultur... Wir können dies als doppelte Distinktion bezeichnen – Distanzierung vom Elternhaus und vom Fachstudium -, die einhergeht mit einer Identifikation mit bestimmten kulturellen Werten.“ (Steffani Engler)

Dies alles braucht Zeit. Steffani Engler wandte sich daher auf der oben genannten Tagung gegen die Propagierung eines „exzellenten Studiums“, gegen das Vorbild von superjungen ProfessorInnen.

⁹ Steffani Engler: „In Einsamkeit und Freiheit. Zur Konstruktion der wissenschaftlichen Persönlichkeit auf dem Weg zur Professur, Konstanz 2001

Diese Propagierung geht zudem einer mit einer Abwertung der Leistungen derjenigen, die aus einer niedrigen Herkunftsfamilie kommen. Hierzu noch einmal Anne Schlüter:

„Tina ist stolz auf ihre akademische Herkunftsfamilie. Sie kann aufgrund der familiären Ressourcen ihren betont individuellen Weg machen. Sie findet das „normal“, was ihr das individuelle Selbstverständnis ermöglichte: die ökonomische Sicherheit und das soziale Erbe, auch in bezug auf den technisch orientierten Hintergrund. Tina erfüllt die Leistungsnormen innerhalb der Altersnormen und stellt Regelnormen auf: Sie, die am meisten Zeit vergeuden könnte, geht effektiv mit ihrer Zeit um – und vor allem nach einem Nutzenkalkül, das Erfolg verspricht. Sie legitimiert ihr soziales Privileg durch den Beweis der individuellen Kompetenz und Tüchtigkeit, durch die Erfüllung von Normen. Sie ist in der Zeit: sie ist identisch mit sich und der sozialen Herkunft! Daher ihre Selbstidentifikation, dass sie in der Regelstudienzeit ist... Ihre Wahrnehmungen, Deutungen, Bewertungen und Differenzierungen sowie ihre biographischen Strukturierungen verlaufen über den Mechanismus Leistung. Mit „Leistungen“ kann sie gleichzeitig von allen sozialen Kontexten abstrahieren und ihre individuelle Eigenleistung dominant betonen.“¹⁰ (Schlüter, S.307)

Problematisch ist in diesem Zusammenhang, dass die soziale Situation unter den Studierenden immer weiter auseinander klafft und innerhalb der Studierendenschaft Ausgrenzungsmechanismen greifen:

„ ... die Lage und Situation der Studierenden wird inhomogener: sei es im Alter, in der Studienfinanzierung, im angestrebten Abschluss oder in der Konzentration auf das Studium. Daher hat sich in der Studentenschaft ein Weniger an „Gemeinsamkeit“ der Situation und Lage eingestellt, d.h. eine „strukturelle Entsolidarisierung“ tritt ein. Das zeigt sich im Verhältnis zu „Langzeitstudierenden“ wie zu „Bafög-Empfängern“, die von den anderen Studierenden weder viel Verständnis noch besondere Unterstützung bei ihren Problemen erwarten dürfen.“¹¹

Studentischer Auslandsaufenthalt

Mit dem Bologna-Prozess soll das Hochschulsystem vereinheitlicht werden. Unter anderem deshalb, weil studentische Mobilität für sehr wichtig gehalten wird. Auslandserfahrungen werden in einer globalisierten Welt zunehmend wichtiger.

Die europäische Studie „euro student 2000“ zeigt allerdings für Deutschland erheblichen Verbesserungsbedarf. Der studentische Auslandsaufenthalt ist in keinem anderen europäischen Land so abhängig von der sozialen Herkunft wie in Deutschland. Während immerhin 9% aus der gutverdienenden Herkunftsgruppe ein Studium im Ausland beginnen, sind es gerade einmal 4% aus der „untersten Herkunftsgruppe“. („Fig. GER 54: Study-related stays abroad by parental income“ aus der cd „euro student 2000“)

In der Studie wird darauf hingewiesen, dass, obwohl es mit dem BAföG in Deutschland eine spezifische Unterstützung von finanziell schlechter gestellten Studierenden gibt, dennoch diesen erheblichen Unterschied gibt. Sie sehen darin einen Indikator, dass Barrieren nicht unbedingt ökonomisch, sondern auch durch das „kulturelle Kapital“ gegeben sind. (euro-student S.115) Dies erklärt auch, weshalb Studierende der niedrigen sozialen Herkunftsgruppe von allen Studierenden in allen möglichen Bereichen den höchsten Beratungsbedarf haben, außer bei der Finanzierung von Auslandssemestern. Sie kommen in ihrer Mehrheit erst gar nicht auf die Idee, im Ausland zu studieren.

¹⁰ Anne Schlüter: Bildungserfolge. Opladen 1999

¹¹ Tino Bargel, Studentische Mitwirkung – Impulsreferat <http://www.uni-konstanz.de/FuF/SozWiss/fg-soz/ag-hoc/ho-fo-i.html>

Auch hier droht die Entwicklung in die falsche Richtung zu gehen. So sind Fremdsprachenkenntnisse sicherlich ein wichtiger Aspekt des kulturellen Kapitals, die von diesen Studierenden weniger souverän beherrscht werden. Die Finanzierung von Fremdsprachenkursen für Studierende, die im Rahmen des DAAD im Ausland studieren wollen, soll jedoch gestrichen werden.

Und auch das Studienkonto erscheint in dieser Hinsicht problematisch. Die nachholende Aneignung von kulturellem Kapital durch Fremdsprachenkenntnisse, Rhetorikkurse oder das Reinschnuppern in Kunstgeschichtevorlesungen drohen kostenpflichtig zu werden, in dem sie künftig vom Konto abgebucht werden.

Gesamthochschulen

„Die Gesamthochschulen in ihrer Eigentümlichkeit und Eigenwertigkeit brauchen einen Vergleich mit anderen wissenschaftlichen Hochschulen nicht zu scheuen. Sie haben an Kontur und an Gewicht ebenso zugenommen wie an Anziehungskraft und Funktionsfähigkeit.“

Johannes Rau, Minister für Wissenschaft und Forschung NRW im April 1977

Sibylle Schwantag schreibt zu den Gesamthochschulen:

„Die Gesamthochschulen Nordrhein-Westfalens (Duisburg, Essen, Paderborn, Siegen, Wuppertal und die Fernuniversität Hagen) wurden zu Anfang der 1970er Jahre durch den damaligen Wissenschaftsminister Johannes Rau (SPD) mit dem Ziel gegründet, einen ganz neuen, durchlässigen Hochschultyp zu schaffen, der die Hochschultypen Universität und Fachhochschule aufnehmen und wissenschaftliche Theoriebildung und Praxisorientierung eng miteinander verzahnen sollte.

Die Gesamthochschulen in NRW wurden Anfang der 70er Jahre mit dem Ziel gegründet, einen neuen Hochschultyp zu schaffen. Folgerichtig wurde auch eine neuartige Studienorganisation geschaffen: In den „integrierten“ Studiengängen eines Fachs trennen sich Universitäts- und Fachhochschul-Studiengang erst nach dem Vordiplom; Studierende mit Fachhochschulreife, aber ohne Abitur, können studienbegleitend über „Brückenkurse“ die fachgebundene Hochschulreife, also die Zugangsberechtigung zum Universitätsstudium in ihrem Fach, erwerben und nach dem Vordiplom in den universitären Zweig wechseln. Dieses Modell hat sich fast dreißig Jahre lang bewährt; eine große Zahl erfolgreicher AbsolventInnen belegt das eindrucksvoll...

Als Ende der 90er Jahre der nordrhein-westfälischen Landesregierung das Geld knapp wurde, setzte das Wissenschaftsministerium einen „Expertenrat“ zur Begutachtung der Hochschulen ein, um sie „effizienter“ zu machen (neudeutsch für: billiger). Die Ergebnisse waren – im Bereich der Gesamthochschulen – voraussehbar und hätten keines Expertenrates bedurft: Die schlechter ausgestatteten Gesamthochschulen bringen beispielsweise im Vergleich zu den Universitäten weniger Forschungsmenge; im Verhältnis zu den Großstadt-Universitäten haben sie weniger Studierende, insbesondere die Gesamthochschulen „auf dem Lande“; eben diese beziehen ihre Studierenden hauptsächlich aus der eigenen Region. In diesem geistigen Klima wird jetzt ein zentraler Gedanke der 70er Jahre aufgegeben: der Gedanke sozialer Chancengleichheit in der Bildung.“¹²

Während Studierende der niedrigen und mittleren Herkunftsgruppe hauptsächlich auf Fach- und Gesamthochschulen anzutreffen sind, befinden sich Studierende aus der hohen

¹² Sibylle Schwantag, Ende eines Reformprojektes. Zur Umwandlung der NRW-Gesamthochschulen in Universitäten. Statt mehr Chancengleichheit neue Hürden, in: GEW NRW 2/2002

Herkunftsgruppe meistens in der Universität oder Musik- und Kunsthochschulen. Studierende der niedrigsten sozialen Herkunftsgruppe sind an Gesamthochschulen mit 21 % doppelt so oft vertreten wie an den Universitäten (11%). (DSW, S.110)

Die Gesamthochschule Duisburg bot die Möglichkeit in bestimmten Fächern über die Fachhochschulreife in Verbindung mit Brückenkursen ein Studium aufzunehmen. 50 % der dort studierenden haben kein Abitur. Dies hat zur Folge, dass z. B. einige Studierende aus "südlichen" Bundesländern kommen, die dort auf Grund ihres fehlenden Abiturs nicht die Möglichkeit hätten ein Studium aufzunehmen. Insgesamt ist der Anteil an Studierenden aus bildungsfernen Schichten in Duisburg höher als an jeder anderen Uni in der BRD. Auch wenn dies nicht nur auf die Zugangsmöglichkeit zurückzuführen ist, so scheint dies doch ein wichtiger Aspekt. Deshalb ist die Entwicklung, das GH Modell als gescheitert zu erklären und diese Möglichkeiten tendenziell zu schließen auch besonders zu kritisieren.

Der Landesvorstand der SPD NRW hat inzwischen der Gesamthochschule eine Absage erteilt. Er ist der Meinung, dass die Durchlässigkeit des Bildungssystems in NRW inzwischen so gut ist, dass jeder das Abitur machen kann. Wörtlich heißt es im Beschluss vom 14.05.01: "Jeder junge Mensch, der ein Studium an der Universität aufnehmen will, kann die hierzu erforderlichen Schulabschlüsse vor Studienbeginn in unseren Schulen erwerben." Der SPD-Landesvorstand begibt sich mit dieser Position hinter alle sozialdemokratischen Erkenntnisse über Bildungschancen von Kindern aus bildungsfernen Schichten.

Studienabbruch

Wir müssen uns vor Augen halten, dass die Studierenden der niedrigsten Herkunftsgruppe bereits mit dem deutschen Schulsystem ein außergewöhnliches Auslesesystem durchlaufen haben. Nur 8 von hundert Kindern aus der unteren sozialen Herkunftsgruppe macht ein Abitur gegenüber 72 von hundert Kindern aus der höchsten Herkunftsgruppe. Würden an der Uni keine sozialen Selektionsmaßnahmen mehr greifen, müssten diese 8 % ein exzellentes Studium hinlegen, da sie im Durchschnitt leistungsstärker sein müssten als ihre MitschülerInnen aus der hohen Herkunftsgruppe, da sie sich bereits erfolgreich durch ein unfaires Schulsystem durchgekämpft haben.

Die Studienabbruchsstudie des Hochschul-Information-Systems (HIS)¹³ kommt hingegen zum Schluss, dass Studierende der unteren Herkunftsgruppe „stärker abbruchgefährdet sind als ihre Kommilitonen“.

Unter den HochschulabsolventInnen macht der Anteil der höchsten Herkunftsgruppe 37 % aus, der Anteil der Studierenden niedrigster Herkunftsgruppe beträgt 12 %. Demgegenüber beläuft sich der Anteil der höchsten Herkunftsgruppe auf 31 % der StudienabbrecherInnen – Studierende der niedrigsten Herkunftsgruppe hingegen machen hier einen Anteil von 16 % aus, sind also unter den StudienabbrecherInnen weit überproportional vertreten.

Während die gehobene und die hohe Herkunftsgruppe hauptsächlich die Gründe Studienbedingungen, berufliche Neuorientierung und Motivationsmangel als Abbruchgründe angeben, brechen Studierende der niedrigsten Herkunftsgruppe hauptsächlich aus Krankheitsgründen, aus familiären Gründen und wegen finanzieller Probleme ab. Studienbedingungen scheinen für die niedrigste Herkunftsgruppe relativ egal zu sein. Dies hervorzuheben ist deshalb wichtig, weil in Studierenerhebungen, in denen nicht nach sozialer Herkunft differenziert wird, lediglich die Probleme der Mehrheit der Studierenden auftauchen – und diese sind eh schon privilegiert. D.h. wenn die Studienbedingungen zum Hauptproblem der Studierenden erhoben werden, bedient man hiermit tatsächlich nur die Interessen der privilegierten Studierenden – vor allem, wenn „bessere Studienbedingungen“ in Richtung Elite-Uni gehen sollten.

¹³ Heublein, Ulrich, Heike Spangenberg, Dieter Sommer: Ursachen des Studienabbruchs. Analyse 2002. Hochschulplanung Band 163, HIS GmbH Hannover 2003

In der Studienabbruchsstudie wird zwischen den Fächergruppen differenziert. Nicht in allen Fächergruppen sind die Abbruchrisiken für Studierende der untersten Herkunftsgruppe gleichhoch. „Eine Herkunft aus unteren sozialen Schichten erweist sich sowohl in Medizin als auch in Rechtswissenschaften somit als wesentlicher Risikofaktor für den Studienabbruch. In der Lehramtsstudiengängen lassen sich [...] hingegen kaum Unterschiede hinsichtlich der sozialen Herkunft betrachten.“ (Studienabbruchsstudie, S.47)

Weiter heißt es: „Für die Erklärung dieses fachspezifischen Selektionsdrucks sind zwei Aspekte zu berücksichtigen, deren Wirkung sich offensichtlich überlagert: eine wesentliche Rolle kommt der bestimmten Fachkulturen prägenden sozialen Distanz zu. Studierende aus bildungsfernen Elternhäusern haben zum Beispiel in Medizin und Jura mangels einiger kultureller und wirtschaftlicher Voraussetzungen mehr Schwierigkeiten, einen der Fachkultur entsprechenden Verhaltenshabitus zu auszubilden. Gerade das Fehlen finanzieller Mittel ist in Fächern mit hohen Studienanforderungen durch umfangreiche Erwerbstätigkeit – und dabei handelt es sich um den zweiten Aspekt – nicht einfach zu kompensieren. Denn die Folge sind nicht nur desintegrative Tendenzen, sondern vor allem massive Probleme bei der Erfüllung der Studienverpflichtungen.“ (Studienabbruchsstudie, S. 47)

Krankheit

Ins Auge fällt der enorm hohe Prozentsatz von Studierenden der unteren Herkunftsgruppe bei den Studierenden, die aus Krankheitsgründen abbrechen. Ein Vergleich zwischen der niedrigsten und der höchsten Herkunftsgruppe macht dies deutlich. 13% der Studierenden gehören der untersten Herkunftsgruppe an, 33 % der höchsten Herkunftsgruppe. Aber unter den Studierenden, die hauptsächlich ihr Studium aus Krankheitsgründen abgebrochen haben, gehören 28 % zur untersten Herkunftsgruppe und lediglich 27 % zur höchsten Herkunftsgruppe! Dieses Missverhältnis ist absolut erklärungsrelevant. Es deckt sich mit dem psychotherapeutischen und krankheitsbezogenen Beratungsbedarf, der ebenfalls in der niedrigen Herkunftsgruppe viel höher ist als in der hohen Herkunftsgruppe.

Hier kann bislang nur gemutmaßt werden, was die Ursachen für die hohe Krankheitsquote ist. Als Erklärungsmodelle bieten sich Stressfaktoren (z.B. Doppeltbelastung Arbeit und Studium) an und habitusbedingte Ursachen (z.B. sich zu sozialen Phobien steigendes habitusbedingtes „Eingeschüchtertsein“ durch den Uni-Bluff).

5/2 Soziale Herkunft der Studienabbrecher nach entscheidendem Studienabbruchgrund in Prozent

entscheidender Studienabbruchgrund	soziale Herkunftsgruppen			
	untere	mittlere	gehobene	hohe
Studienbedingungen	10	23	32	35
Leistungsprobleme	17	23	21	30
berufliche Neuorientierung	10	20	36	34
Motivationsmangel	14	20	36	31
familiäre Gründe	20	23	29	29
finanzielle Probleme	19	27	29	24
Prüfung nicht bestanden	16	26	29	29
Krankheit	28	13	32	27

HIS-Studienabbrecherstudie 2002

Karrieren und soziale Herkunft

Wir haben gesehen, dass Studierende aus der niedrigen Herkunftsgruppe nicht nur während der Schule, sondern auch in der Uni in den verschiedensten Bereichen benachteiligt sind. Was aber, wenn sie es nun „geschafft“ haben, wenn sie ihr Studium mit einem Dokortitel abschließen?

Michael Hartmann, Soziologie-Professor an der TU Darmstadt hat mit mehreren Studien¹⁴ untersucht, wer Karriere macht, also inwieweit heute noch Karriere mit sozialer Herkunft zusammenhängt. Sein Ergebnis ist niederschmetternd.

Während es in den 60/70er Jahren vereinzelt möglich war, über Leistung in die Elite aufzusteigen, und die Topmanager noch mit einem schlechten Gewissen und respektvoll mit Gewerkschaftern verhandelten, hat sich heute die Elite abgekapselt. In die Elite kommt von außen niemand mehr rein - und die Elite hat ihre Machtposition ausgebaut.

Michael Hartmann schreibt zu dieser Problematik:

„Wie einflussreich das Elternhaus ist, zeigen die Karrierewege aller promovierten Ingenieure, Juristen und Wirtschaftswissenschaftler der Jahrgänge 1955, 1965, 1975 und 1985, insgesamt ungefähr 6500 Personen. Man sollte nun annehmen, dass die wenigen Arbeiterkinder, die unter vielen Mühen und mit sehr großer Anstrengung den Dokortitel erworben haben, wenigstens danach die gleichen Karrierechancen haben wie ihre Kommilitonen, die einen Professor, einen Firmenchef oder einen Chefarzt zum Vater haben. Dem ist aber ganz und gar nicht so.

Von den Arbeiterkindern mit Dokortitel haben es gerade einmal 0,5 Prozent in die erste Führungsebene geschafft, vom Nachwuchs leitender Angestellter dagegen 10 Prozent. Von den Vorstandsvorsitzenden der 100 größten deutschen Konzerne stammen dementsprechend über vier Fünftel aus dem Bürgertum, das heißt den „oberen“ 3,5 Prozent der Bevölkerung. Fast jeder zweite kommt sogar aus dem Großbürgertum, den oberen 0,5 Prozent. Nimmt man die mittelständischen Unternehmen hinzu, verringern sich die Unterschiede zwar, das Bild bleibt im Kern aber dasselbe. Außerdem ist in allen Unternehmen im Verlauf der Zeit keine Abnahme, sondern eine Zunahme der sozial bedingten Unterschiede festzustellen. Von Chancengleichheit kann immer weniger gesprochen werden.“ (M. Hartmann in „quip“, 3/2003)

Ausschlaggebend sei nicht Leitungsfähigkeit sondern die „Souveränität“ mit der man auftrete. Und diese „Souveränität“ „weist in der Regel nur derjenige auf, dem das Milieu von Kindesbeinen an vertraut ist, der sich in den Chefetagen nicht fremd, sondern zu Hause fühlt.“

Weiter stellt Michael Hartmann fest: die Eliten sind unterschiedlich offen. Während es bedingt möglich ist, als Arbeiterkind über Wahlen in die politische Elite aufzusteigen, ist dies in der Wirtschaftselite nicht möglich:

„Für die Besetzung von Führungspositionen in der deutschen Wirtschaft ist nicht die Leistung ausschlaggebend, sondern der herkunftsspezifische Habitus der Kandidaten. Wer in die Vorstände und Geschäftsführungen großer Unternehmen gelangen will, der muss vor allem eines besitzen: habituelle Ähnlichkeit mit den Personen, die dort schon sitzen.“

¹⁴ Michael Hartmann "Der Mythos von den Leistungseliten". Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft, Frankfurt am Main/ New York 2002

Der Habitus

Dieser Begriff wurde von Pierre Bourdieu entwickelt. Bourdieu, der selber aus kleinbürgerlichen Verhältnissen stammt, hat die Bildungsdiskriminierung als Soziologe intensiv untersucht und einen eigenen wissenschaftlichen Ansatz entwickelt: die Praxeologie.

„Der Habitus ist *Erzeugungsprinzip* objektiv klassifizierbarer Formen von Praxis und *Klassifikationssystem* dieser Formen. In der Beziehung dieser beiden den Habitus definierenden Leistungen: der Hervorbringung klassifizierbarer Praxisformen und Werke zum einen, der Unterscheidung und Bewertung der Formen und Produkte (Geschmack) zum anderen, konstituiert sich die *repräsentierte soziale Welt*, mit anderen Worten der *Raum der Lebensstile*.“¹⁵

Die Lebensbedingungen, die soziale Lage, in der Kinder aufwachsen, prägt ihren Habitus und dieser lässt sich als Erwachsener kaum noch ändern. Dieser ist unbewusst, das „Klassen-Unbewusste“, und setzt dem Individuum gleichzeitig Grenzen. Der Geschmack, ein spezifisches Wertesystem und der Lebensstil werden wiederum durch den Habitus bestimmt. Der Habitus bestimmt darüber, welche ökonomische und kulturelle Güter ich mir aneignen kann.

Hauptsächlich innerhalb der herrschenden Klasse wird festgelegt, was kulturelles Kapital ist, bzw. welche kulturellen Güter welchen „Wechselkurs“ mit dem ökonomischen Kapital haben. Dort wird entschieden, welches Auftreten als „souverän“ anerkannt wird und welches lächerlich oder aufschneiderisch ist. Aber diese Anerkennungskämpfe finden auch überall dort statt, wo kulturelle und ökonomische Güter verteilt werden.

Die Hochschulen sind ein beliebtes Feld von Distinktionskämpfen. An der Uni lässt sich eine Milieuvverschiebung feststellen. War noch vor wenigen Jahren das sogenannte „hedonistische Milieu“ und das „Alternativmilieu“ in der Studierendenschaft tonangebend, so finden sich heute ganz andere Werte.¹⁶

Heute sind wir mit einem sehr hohen Maß an Distinktion und Entsolidarisierung konfrontiert. Die Unternehmermentalität der selbstverantwortlichen „Ich-AG“ gewinnt an Bedeutung. Partys, die damit werben, dass sie ausschließlich für Studierende veranstaltet werden, Verbindungen, die offensiv damit werben, dass sie „elitär“ sind, Plakate für Partys von Jura- oder Wirtschaftswissenschaftsstudierenden, die so elitär gestaltet sind, dass sie allein dadurch schon ausgrenzen, Pöbeleien gegen Langzeitstudierende und schärferes Konkurrenzverhalten unter den Studierenden in den Seminaren und Vorlesungen – dies alles ist mit dem Lebensstil und Habitus von Studierenden aus der niedrigen Herkunftsgruppe schwer vereinbar.

Während die Gruppe von Studierenden mit bildungsferner Herkunft aus Einzelindividuen besteht, die zum Großteil noch immer ihr „Nicht-mit-halten-können“ auf individuelles Versagen zurückführen, finden sich Studierende aus der hohen Herkunftsgruppe schon lange unter ihresgleichen wieder in ihren Cafes und Clubs mit entsprechenden Zulassungsbeschränkungen.

Aber wehe dem, der von Klassen spricht ...

¹⁵ Pierre Bourdieu, Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt a. M., S.277f.

¹⁶ Gapski, Jörg, Thomas Köhler, Martin Lähnemann, Alltagsbewusstsein und Milieustruktur der westdeutschen Studierenden in den 80er und 90er Jahren. Studierende im Spiegel der Milieulandschaft Deutschland, HIS-Information, Januar 2000

Zur Vollversammlung

Am Donnerstag, dem 3. Juli ist es soweit: als Reaktion auf die unverschämte fortgesetzte Diskriminierung im Bildungsbereich wird es eine Vollversammlung von Studierenden geben, die eine sogenannte „niedere Herkunft“ haben. Angesprochen fühlen sollen sich alle, die aufgrund ihrer sozialen Herkunft bildungsdiskriminiert sind. Es gibt hier keine starre Grenze, als Richtwert kann die Grafik auf der folgenden Seite vielleicht nützlich sein. Letztlich geht es darum, ob man/frau sich der unteren Schicht zugehörig fühlt, also nimmt die Grafik nicht zu ernst.

Mit diesem Raster arbeitet die Hochschul-Informationssystem GmbH, die für das Deutsche Studentenwerk alle drei Jahre die Sozialerhebung zur Situation der Studierenden durchführt.

Um Trends festzustellen und überschaubare Aussagen treffen zu können, gliedern sie die Studierenden vier Kategorien zu: Studierende mit niedriger, mittlerer, gehobener und höchster sozialer Herkunft.

Hierbei zeigte sich, dass Studierende der beiden unteren Herkunftsgruppen in den letzten Jahren benachteiligt sind und dass vor allem die unterste Herkunftsgruppe mit sehr viel mehr äußeren Problemen zu kämpfen hat. So wurde herausgearbeitet, dass Studierende der untersten Herkunftsgruppen die höchste Studiermotivation (gemessen an den Semesterwochenstunden) haben und mehr arbeiten als alle anderen Studis. Dies wird aber nicht dadurch honoriert, dass sie schneller ihren Abschlusstitel erhalten als andere. Die stressige Doppelbelastung Studium und Job sowie die unterschwellig eingeforderte Normen wie Auftreten und die Art sich auszudrücken sind fast für alle Studierende aus der untersten Herkunftsgruppe nervig. So hat eine Arbeitertochter, die in Münster studiert hat, in den 80ern ein Buch herausgegeben mit dem Titel „Als Verkäuferin wäre ich glücklicher geworden!“.

Okay, von den PolitikerInnen haben wir zur Zeit nichts zu erwarten, sie fordern mehr und mehr soziale Ungleichheit. Aber auch unter den Studierenden findet eine „strukturelle Entsolidarisierung“ statt. Wenn wir also etwas ändern wollen, müssen **wir** es machen. Daher bitte ich Euch zur Uni-Vollversammlung zu kommen. Hier steht zur Debatte, ob – wenn der Bedarf besteht – ein „Autonomes Referat gegen soziale Ausgrenzung“ oder ein „Autonomes Klassenreferat“ eingerichtet wird. Dieses würde funktionieren wie das „Autonome Frauenreferat“ oder das „Autonome Behindertenreferat“: jedes Jahr wählen Betroffene aus ihren Reihen die ReferentInnen für dieses Referat. Damit es aber überhaupt dazu kommen kann, müssen relativ viele Studierende mit bildungsferner Herkunft hierüber auf der Vollversammlung abstimmen. Danach entscheidet dann das Studierendenparlament über die Einrichtung dieses Referats. Und die Einrichtung dieses Referates hätte bundesweite Signalwirkung, da dies die erste Lobbygruppe für die Interessen der Studierenden der „unteren Herkunftsgruppe“ überhaupt sein wird.

Kontakt:

Andreas Kemper

Referent für Sozialpolitik

Tel. 8322286

asta.sopo2@uni-muenster.de

<http://web.uni-muenster.de/ASTA/hochschulpolitik/arbeiterkinder.php>

Bild B.2 Übersicht über die Bildung sozialer Herkunftsgruppen aus den Sozialerhebungen

berufliche Stellung	Bildungsherkunft ¹	
	mit Hochschulabschluss	ohne Hochschulabschluss
größere Selbständige (z.B. Unternehmer mit großem Betrieb bzw. hohem Einkommen)		
Beamte des höheren Dienstes (ab Regierungsrat, Lehrer ab Studienrat aufwärts)		
Angestellte in gehobener Position (z.B. Lehrer, wiss. Mitarbeiter, Prokurist, Abteilungsleiter)		
mittlere Selbständige (z.B. Einzelhändler mit großem Geschäft, Hauptvertreter, größerer Landwirt)		
Beamte des gehobenen Dienstes (z.B. Inspektor, Oberinspektor, Amtmann, Amtsrat)		
Angestellte mit qualifizierter Tätigkeit in mittlerer Position (z.B. Sachbearbeiter, Buchhalter, Werkmeister, Krankenschwester)		
kleinere Selbständige (z.B. Einzelhändler mit kleinem Geschäft, Handwerker, kleinerer Landwirt)		
Beamte des einfachen und mittleren Dienstes (z.B. Schaffner, Amtshilfe, Sekretär)		
Angestellte mit ausführender Tätigkeit (z.B. Stenotypist, Verkäufer)		
Facharbeiter, unselbständige Handwerker		
ungelernte, angelernte Arbeiter		

soziale Herkunftsgruppen: hoch gehoben mittel niedrig

DSW/HIS 16. Sozialerhebung

¹ Es wird jeweils das Elternteil berücksichtigt, der die höhere berufliche Stellung bzw. den höheren Bildungsabschluss hat.

V.i.S.d.P:
 Andreas Kemper
 Referat für Sozialpolitik
 AStA der Uni Münster
 Schlossplatz 1
 48149 Münster
 Tel 0251/8322286
 Email: asta.sopo2@uni-muenster.de